

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postanstalten entgegen. - Erscheint wochentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.

Regelmaße: Die Anzeiger erscheinen wochentlich am Montag, am Dienstag, am Mittwoch, am Donnerstag, am Freitag, am Samstag, am Sonntag. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.

Telegramme: Leipzig, Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nr. 1000

Nr. 219

Mittwoch, den 19. September 1923

18. Jahrgang

Das Währungsprogramm der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat einen Entwurf zur Gründung einer neuen Währungsbank fertiggestellt. Sie geht dabei von dem Grundgedanken aus, daß es unmöglich ist, eine wertbeständige Währung zu schaffen, ohne das Defizit des Haushalts zu decken oder doch wenigstens die Gewißheit zu haben, es in absehbarer Zeit decken zu können. Sie geht weiter von dem Gedanken aus, daß der Zahlungsmittelumlauf der Wirtschaft in Gold gerechnet ziemlich konstant zwischen 100 bis 150 Millionen in Gold betrage. Dieser sehr geringe Betrag erklärt sich aus der anomal großen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und teilweise aus dem Ersatz des Papiergeldes durch Devisen und Noten. Man rechnet damit, daß nach Einführung eines wertstabilen Geldes die Wirtschaft innerhalb kurzer Frist einen Zahlungsmittelstock von mindestens einer Milliarde benötigen werde. Hier sieht man den Spielraum, der den Reichsfinanzen gegeben ist, um Zahlungsmittel zur Deckung des Defizits und ohne schädliche währungspolitische Wirkungen in den Verkehr leiten zu können.

Die Regierung hat ein Finanzprogramm ausgearbeitet, durch das die stärkste Einschränkung der Ausgaben erreicht werden soll, und hofft andererseits, daß nach Einführung eines wertbeständigen Geldes die Einnahmen sehr schnell in die Ausgaben hineinzuwachsen werden.

Die Reichsbank wird von den Reichsfinanzen vollkommen losgelöst. Sie wird keine Schatzwechsel mehr diskontieren, sondern übernimmt die Rolle einer Goldnotenbank zur Diskontierung von Handelswechseln. Die Menge des umlaufenden Papiergeldes wird auf diese Weise kontingiert.

Neben der Reichsbank wird eine Währungsbank gegründet, die neue Zahlungsmittel emittieren wird. Durch sie soll der Staatsbedarf für drei bis vier Monate gedeckt werden. Ihr Kapital wird in Goldverpflichtungen der Wirtschaft bestehen, die nach dem Wehrbeitrag der Wirtschaft aufgelegt werden sollen. Die neue Note wird in Rentenbriefen einlösbar sein. Sie ist das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel, die Papiermark wird zu der neuen Note in ein festes Kursverhältnis gesetzt werden und als Scheidemünze dienen. Es wird also drei Arten von Umlaufmitteln geben, die neue Note als gesetzliches Zahlungsmittel, die Reichsbanknote und das Papiergeld. Die ganze Konstruktion soll nur einen provisorischen Charakter tragen. Am Ende des Provisoriums steht die Einführung des neuen gesetzlichen Zahlungsmittels in die definitive Währung. Die Belastung der Wirtschaft wird nicht über fünf Prozent hinausgehen. Es wird an eine sehr schnelle Durchführung dieser Pläne gedacht.

Die Times zum Problem einer neuen deutschen Währung.

Die „Times“ verurteilen die Finanzpolitik der deutschen Regierung, da ohne eine Regelung der Ruhrfrage und ohne Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts alle Reformen aussichtslos seien, andererseits eine neue Währung überflüssig sei, wenn diese Voraussetzungen erreicht seien. Das Blatt erklärt, die Unfähigkeit der deutschen Regierung mache die Einführung einer Finanzkontrolle der Alliierten unvermeidlich.

Der Boykott der Papiermark in Newyork.

Die National-Citybank in Newyork hat beschlossen, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.

Neue Ausfuhrbestimmungen.

Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien legt mit Wirkung vom 27. September alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft noch einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Die neue Liste umfaßt im wesentlichen nur Rohstoffe, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche Weiterverarbeitungsindustrie besonders interessiert ist. Durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf Grund des Rotgesetzes wird die Fakturierung und Bezahlung von Exportwaren in hochwertiger Valuta sowie die Verwendung des Gegenwertes im Interesse der deutschen Wirtschaft und die Ablieferung an die Reichsbank vorgeschrieben.

Devisenrazzia in Berlin.

In einer gestern stattgefundenen Razzia nach Devisen in der Friedrichstadt und im Westen erklärt der Kommissar für Devisenfassung: Es war mir bekannt, daß in einer großen Anzahl von Lokalen in größtem Maß Devisen und vor allem Banknoten gehandelt wurden. Ich beschloß daher, eine überraschende Kontrolle dieser Lokale vornehmen zu lassen. Im Augenblick ist eine Uebersicht über den Betrag des Unternehmens nicht möglich, jedoch dürften schätzungsweise die beschlagnahmten Banknoten, die sich aus Geldsorten aller Länder zusammensetzen, recht beträchtlich sein. Ich habe den gesamten Betrag sofort dem Reich zur Verfügung gestellt. Ueber die Vorgänge während der Razzia wird noch mitgeteilt: Zahllos waren die Fälle, in denen fremde Gelder, darunter solche von hohem Wert, unter die Tisch und Sofas geworfen wurden. Alle anwesenden Gäste und das Personal, das sich ebenfalls zum Teil an dem wilden Handel beteiligte, mußten sich eine körperliche Durchsuchung gefallen lassen. Eine große Anzahl von Personen östlicher Herkunft, die sich nicht im Besitz gültiger Pässe befinden, werden in den nächsten Tagen zwangsweise abgeschoben.

Deutschland soll ein Angebot machen. Berliner Absichten.

Ein Frieden unter schwersten Opfern!

Man scheint sich auf Seiten der deutschen Regierung, wie die Dresdener Nachrichten wissen wollen, die fortdauernden französischen Mahnungen, ehe es Verhandlungen gebe, müsse der passive Widerstand aufgegeben werden, zu Herzen nehmen zu wollen. Wie es heißt, ist die Regierung in Verhandlungen eingetreten mit den Beamten- und Arbeiterorganisationen, damit diese ihre vor aller Welt erhobenen Forderungen, die der Aufgabe des passiven Widerstandes vorausgehen müßten, reduzierten. Zugleich wird offiziös der passive Widerstand dahin kommentiert, daß er kein Selbstzweck gewesen sei, sondern nur das Mittel, um mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen.

Diese Bereitwilligkeit der deutschen maßgebenden Stellen gegenüber dem französischen Siegeswillen muß auf jeden Fall bedenklich stimmen. Ebenso bedenklich ist die Mitteilung, daß man grundsätzlich beschlossen habe, in kürzester Zeit die Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel zu befehlen. Man sagt dieser Mitteilung allerdings hinzu, daß diese Befehle nur dann Zweck hätten, wenn die deutschen Vertreter die Möglichkeit hätten, mit den dortigen Regierungen auf eine Verhandlungsbasis zu treten.

Eine gewisse Bestätigung erfahren die hier ausgedrückten Befürchtungen durch die nachstehende Meldung aus Köln über eine vom Minister Sollmann gehaltene Rede.

Reichsminister Sollmann macht in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ Ausführungen über die innerpolitische Lage und die Ziele der Reichsregierung, in denen es u. a. heißt: Die neueste Rede Poincares dürfte manche Illusion zerstört haben. Ich glaube aber nicht, daß die Rede die große Entscheidung im Westen hinauszuversetzen wird. Es werden binnen kurzem ernste Entschlüsse zu treffen sein. Das Kabinett ist mit Stresemanns außenpolitischer Führung vollkommen einverstanden. Es hat sich bisher keinerlei Mißklang ergeben.

Man wird sich freilich darüber klar sein müssen, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann.

Es ist viel zu lange mit dem Anfang der Verhandlungen gewartet worden. Auch die langwierigsten Verhandlungen werden die Bevölkerung und uns vor ganz weittragende Entschlüsse stellen. Die Arbeitslosigkeit wächst bedrohlich an. Sie ist nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die sich vermutlich noch steigern wird, sondern einer gewissen Steuerlabotage mancher Unternehmer.

Die Reichsregierung bereitet eine Abänderung der Stilllegungsverordnung vor, um den Massenentlassungen vorzubeugen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird beschleunigt ausgebaut werden. Große Sorge macht uns die Frage, wie die Ernte schleunigst auf den Markt zu bringen ist. Ich glaube nicht, daß im jetzigen Stadium der Entwicklung mit Zwangswirtschaft und draconischen Wucherstrafen noch viel zu erreichen ist. Wir müssen noch in diesem Monat mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel herauskommen, das uns Kartoffeln, Getreide und Fett auf den Markt lockt.

Man fragt uns immer wieder, ob die Regierung schwere innere Unruhen aushalten könne. Unsere Politik geht dahin, solche Unruhen zu vermeiden. Sollten aber Desperados ihre Drohungen verwirklichen und loschlagen, so würden wir ihnen nicht weichen.

Zu der Frage der Arbeitszeit erklärte der Minister, daß man bei dem seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der Arbeitstendenztag grundsätzlich aufrechterhalten werden müsse, stehen bleibe, aber Ueberarbeit dort unbedingt gelassen werden müsse, wo das Interesse der Gesamtwirtschaft es fordere. Dafür hätte auch die Masse der Arbeiter volles Verständnis.

Verhandlungen mit den französischen Botschafter in Berlin.

Am Montag Nachmittag hat wieder ein Besuch der französischen Botschafters im Auswärtigen Amt stattgefunden. Da der Botschafter mit dem Kanzler Stresemann persönlich konferierte, so bringe man die zuverlässigste Beurteilung der Verständigungsfrage durch das Reichskabinett am Montagabend in Zusammenhang mit dem vorausgegangenen Besuch des Botschafters. Von der optimistischen Auffassung der Sachlage haben besonders die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts ihren Parteifreunden gegenüber kein Hehl gemacht, ungeachtet der neuen scharfen Sonntagsrede Poincares.

Poincares Rede — nur die Mindestforderungen Frankreichs.

Ueber die Sonntagsrede Poincares gibt Havas am Montagmittag eine Note an die französische Presse aus, in der es heißt:

Poincares Rede gibt eine einmütige Auffassung des

französischen Kabinetts wieder. Auf die Stresemannschen Auslassungen der letzten Tage ging der Ministerpräsident deshalb nicht ein, weil er der deutschen Regierung schon mehrmals ein direktes Angebot an Frankreich nahe gelegt hat. Will Deutschland zur Lösung der Ruhrkrise kommen, dann soll es diesen Schritt bald tun. Poincares Reden bedeuten keine Ablehnung eines solchen deutschen Schrittes, sie sprechen lediglich die Mindestbedingungen Frankreichs für Verhandlungen aus.

Laut Echo de Paris wird Poincare am Sonntag seine Erklärungen in der Reparationsfrage vervollständigen.

Auch in Frankreich erkennt man die wahren Ziele Poincares.

Die „Humanité“ fragt: Welches Ziel verfolgt Poincare mit seiner Politik der offensivsten Brutalität? Sucht er nicht bei einer erniedrigenden Kapitulation Deutschlands einen persönlichen Erfolg seiner Eigenliebe? Will er in Deutschland einen nationalstiftlichen Aufstand oder eine proletarische Revolution herbeizuführen? Will er Deutschland zerstören, um es teilweise zu annektieren? Man verfolgt Deutschland gegenüber eine Politik, die die Zerstörung des Reiches und die verschleierte Annexion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zum Ziele hat. Denn wenn jemand erklärt: Wir haben Pfänder in der Hand und werden sie behalten, bis wir bezahlt sind, so heißt das angesichts der Finanzlage Deutschlands, daß er sie immer behalten wird.

England bleibt nach wie vor passiv.

Keine Stellungnahme vor der Reichskonferenz. — Gegen ein deutsch-französisches Sonderabkommen.

Die englische Regierungspresse hat einen neuen Vorwand entdeckt, um eine Begründung dafür zu schaffen, daß sich England jeder Stellungnahme in seiner Politik gegenüber Deutschland weiterhin enthalten kann. So wird jetzt angeführt, daß das Kabinett wahrscheinlich überhaupt keine Beschlüsse fassen wird, bis die gesamte augenblickliche Lage von der britischen Reichskonferenz behandelt worden ist. Da diese Konferenz in etwa 14 Tagen zusammentritt und fünf bis sechs Wochen dauern soll, so wird damit also für weitere ungefähr zwei Monate Zeit gewonnen, in der England die Entwicklung der Dinge verfolgen kann, ohne aus seiner passiven Haltung herauszutreten.

Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, der diese Nachricht meldet, fügt allerlei abgemessene Andeutungen über die Auffassung der englischen Regierungskreise hinzu. Obgleich man früher in London geglaubt habe, daß der passive Widerstand kaum länger als bis Oktober dauern könnte, sei jetzt keineswegs sicher, daß Deutschland bis zur Entscheidung der oben erwähnten englischen Konferenz seinen Widerstand fortsetzen könne. Uebrigens würde durch die formelle Einstellung des Widerstandes die gegenwärtige Lage nicht wesentlich verändert werden; denn es würde noch viele Monate dauern, bevor die wirtschaftliche Maschine im Ruhrgebiet wieder in Gang gesetzt werden könnte, und vielleicht Jahre, bevor die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder zu einer ernstlichen Möglichkeit geworden sei. In jedem Fall seien die englischen Interessen in dieser Frage sehr indirekt betroffen. Dagegen sei der Entschluß Poincares, auf unbestimmte Zeit an der Ruhr zu bleiben und sie gemeinsam mit Belgien zu verwalten, weit wichtiger, und man sei der Ansicht, daß Englands Rechte und Interessen in dieser Frage möglichst schnell betont werden sollten, besonders, da die gefährliche Nachricht verbreitet worden sei, daß England den Abschluß eines Separatabkommens zwischen Frankreich und Deutschland begünstigen würde. Im übrigen sei anzunehmen, daß die englische Reichskonferenz eine Politik der Loslösung Englands von Europa einschlagen werde. Die letzte Konferenz habe dazu beigetragen, diese Tendenz bei den Regierungen der Besetzungen zu verstärken.

Wenn diese Darstellung des „Daily Telegraph“ richtig ist, so würde sich also für die englische Politik folgendes ergeben:

1. In den nächsten sechs bis acht Wochen wird England überhaupt keine Beschlüsse fassen.

2. Nach Ablauf dieser Zeit wird es sich wahrscheinlich gegenüber dem Kontinent noch passiver verhalten, als schon jetzt.

3. Deutschland darf mit Frankreich kein besonderes Abkommen abschließen, wobei wir hinzufügen möchten, wenigstens solange nicht, bis sich Paris und London über die Frage der englischen Beteiligung an der Ruhrabteilung geeinigt haben.

Mordtat zweier Marokkaner.

Zwei Marokkaner in der Garnison Ritt a. d. Nahe getötet in einem Cafe um ein Mädchen mit dem jungen Kavierspieler in Streit. Sie schleppten den jungen Mann nachts bis zur Mühle an der Krebsweiler Chauffee und schlugten ihn dort ab. Die französische Behörde ermittelte die Täter und setzte sie fest. Der Ermordete, der später an der Spielmannschen Delmühle aufgefunden wurde, ist der 22jährige Ludwig Desbessel. Die Leiche wies eine Schußverletzung am Bein und zahlreiche Bajonettschläge durch Brust, Genick und Hals auf.

kräftig und
über 1000
ambulanz
Fakultät

en.

Uhrgebiet
er Befehl
onsbefehl
Grundung
abgelehnt.

es Temp
Wimperbe
erwundet
ie Grenze
eben sein.

aus San
den werde
innenpolit
ent werde
volle zur
der von
wehr von

ue.
gen)

Beträgt
Freitag
ndabgabe
ie die
Zeit in
ent ber

mann.
v. Am.

Sie,

ermöbel
kauft bei
midt
rtstr. 8
itte.

öfliche,

geblatt.

ng.

ur ab
rader, je
Röhren
Widow
-rgi.

Verwundet.
Betrunkene Soldaten drangen in Dortmund in die Wohnung einer Witwe ein und vergewaltigten die im Bett liegende Frau. Die Kostgänger der Frau wurden mit Gewehren im Schach gehalten.

Schon wieder eine teilweise Verkehrsperre.
Eine Meldung der Agence Havas aus Paris behauptet, in Düsseldorf sei ein Sabotageakt auf die Eisenbahnstrecke Essen-Kray versucht worden. Aus diesem Grunde sei der Eisenbahnverkehr zwischen Essen und Stoppenberg und zwischen Steele und Kray, sowie der Lastwagen- und Autoverkehr im ganzen Bezirk Essen, Altmersen, Ciesel und Kray verboten worden.

Stille Demonstrationen in Bochum.
In Bochum kam es zu Demonstrationen der Arbeiter der umliegenden Werke wegen der katastrophalen Zahlungsmittellage und der Lebensmittelteuerung. Von 10 Uhr vormittags an zog eine Delegation nach der anderen aus der Umgebung im Grubenkleid mit Grubenlampen in der Hand in die Stadt am Rathaus vorbei. Gleichzeitig waren die Wirtschaften zum Protest gegen die ihren von den dortigen Brauereien ausgehenden täglichen Berechnung des Bieres in Dollar geschlossen. Die Kundgebungen dauerten bis in die Mittagsstunden hinein und verliefen völlig ruhig.

Verschärfung der Balkanlage.

Der italienische Gouverneur in Fiume eingetroffen.
Der neuernannte Gouverneur von Fiume, General Giardino, ist in Fiume eingetroffen. Der zurückgetretene Vizepräsident der verfassunggebenden Versammlung, Depoli, empfing ihn im Regierungspalast und übergab ihm die Regierung. Vor seiner Abreise aus Rom hatte der General eine längere Besprechung mit Mussolini.

In Paris glaubt man, daß der letzte italienische Plan seit Monaten vorbereitet war. Jedenfalls wächst die Beforgnis wegen der Vorgänge auf dem Balkan ständig, und man bleibt auf Überraschungen gefaßt.

Jugoslawisch-bulgarische Reibungen.

Italienische Divisionen bei Fiume zusammengezogen.

Die Ernennung eines italienischen Generals zum Gouverneur von Fiume sowie der serbische Protest gegen die Zusammenziehung bulgarischer Banden haben nach englischer Auffassung abermals eine Verschärfung der Lage auf dem Balkan hervorgerufen. Man befürchtet, daß die Verhandlungen über Fiume sich als sehr schwierig erweisen werden, und es verkauert, daß Italien nicht weniger als 4 1/2 Divisionen in der Umgebung der Stadt zusammengezogen habe. Die serbische Regierung hat in Sofia nochmals erklärt, daß jeder Angriff bulgarischer Banden von Serbien über die Grenze hinweg verfolgt werden würde. Telegramme beweisen, daß auf bulgarischem Boden Banden gebildet werden.

Jugoslawien rechnet nicht auf französische Unterstützung.

Nach Wittermeldungen rechnet man auf jugoslawischer Seite nicht allzusehr auf eine französische Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Italien über Fiume. Paffisch habe vor der Entscheidung nochmals in Paris angefragt, wie weit die Unterstützung Frankreichs im Falle einer Verschärfung der jugoslawisch-italienischen Beziehungen ginge. Um die Lage nicht unnötig zu verschärfen, sollen die in der Umgebung Fiumes stehenden jugoslawischen Truppen vermindert werden sein. Die Nachricht wird als eine indirekte Bestätigung der Ansicht Belgards aufgefaßt, die Entscheidung des Völkerbundes anzurufen. — Mussolini hatte heute eine Unterhaltung mit dem serbischen Gesandten in Rom.

Bulgarien protestiert gegen das jugoslawische Ultimatum.

Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, überreichte der bulgarische Geschäftsträger in Paris, Morosoff, dem stellvertretenden Direktor im Dual d'Etat einen Protest gegen dieses jugoslawische Ultimatum an Bulgarien. Morosoff erklärte, er werde die Angelegenheit dem Völkerbund übergeben.

Die ersten Grenzzwischenfälle.

Aus Mähren wird gemeldet: Die Zahl der auf serbischem Gebiet operierenden wohlbewaffneten Komitadschis wird auf

6000 geschätzt; sie stehen nahe der bulgarischen Grenze. Die serbischen Truppen sind in Misch gemischt worden und bewegen sich an der Eisenbahnlinie nach Jarbrod der bulgarischen Grenze zu. Flugzeuge überwachen die Bewegungen in Bulgarien. Eins von ihnen, das bulgarische Gebiet überflog, ist bei Nahunis abgeschossen worden.

Kleine, politische Meldungen.

Selpe in Warschau. Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Selpe und sein Empfang in Warschau gestaltet sich außerordentlich feierlich. Selpe wurde am Bahnhof von dem Unterrichtsminister und dem Außenminister empfangen. Außerdem bildete ein Regiment Spalier. Eine Musikkapelle spielte die österreichische Nationalhymne. Die polnische Presse begrüßt den Bundeskanzler begeistert als einen Freund Polens (1). Als ein Hauptverdienst gilt für Polen, daß Selpe ein Gegner des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich sei (2).

Amerika schlägt eine neue Abrüstungskonferenz vor. Nach einer Reutersmeldung aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten Großbritannien, Frankreich und Japan den Vorschlag zur Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz unterbreitet. Die Vereinigten Staaten beschäftigen zumal, so heißt es in dem Bericht, eine Aussprache über das Problem des Stillen Ozeans und die Frage der Abrüstung der Untersee- und Luftfahrflotte herbeizuführen. Großbritannien verhält sich gegenüber der amerikanischen Anregung ziemlich unwillig, was man auf die britischen Pläne, betreffend den Schiffbau in Singapur, zurückführt. Auch Frankreich zeigt gegen den Plan Amerikas Widerstreben, weil es hauptsächlich, wie man annimmt, einen Druck von außen in der Reparationsfrage gewärtigt. Japan habe dem amerikanischen Vorschlag beigestimmt.

Garcia Pietro stellt sich freiwillig. Der frühere Ministerpräsident Garcia Pietro hat an den General Primo de Rivera einen Brief gerichtet, worin er ausführt, daß er sich von den gegen ihn gerichteten Anschuldigungen reinwaschen wolle. Er verlangt, unverzüglich vor irgendeinem Gericht, wegen dessen Zusammensetzung er keine Vorbehalte zu formulieren gedenkt, abgeurteilt zu werden. Er bewilligt, mit seiner Familie nach Madrid zurückzukehren.

Revolution in Transjordanien. Nach Telegrammen aus Jerusalem ist im Transjordanland eine Revolution ausgebrochen. Die Truppen des Emir Abdallah wurden von bewaffneten Stämmen angegriffen. Der Aufstand soll zum Teil antibrittisch, zum Teil antizionistisch sein. In erster Linie scheint es sich um eine Unabhängigkeitsbewegung zu handeln, die einen vollkommen souveränen Staat im Transjordanlande schaffen will. Reuter meldet aus Jerusalem, daß die Aufständischen, die Ammon am Sonntag umzingelt und die Telefon- und Telegraphenleitungen abgeschnitten hatten, nach hartem Kampfe zurückgeschlagen wurden und unter Zurücklassung von 82 Toten in südlicher Richtung flohen sind.

Begeisterter Empfang Jagul Paschas in Alexandrien. „Petit Parisien“ meldet aus Alexandrien von dem entsetzt-ästhetischen Empfang den die Bevölkerung Jagul Pascha, dem Führer der ägyptischen Nationalisten, bei seinem Einzug in Alexandrien bereitet. Die Polizei war nicht imstande, die Menge zurückzuhalten, die herbeigeströmt war, um den Führer zu begrüßen.

Von Stadt und Land.

Aus, 19. September.

Wieder ein Nichtschick ins Ministerium berufen. In Sachen Schöner, so schreiben die „Völkerschau“ Nachrichten, noch nicht genug Beförderungsreife Sozialisten zu sein. So hat Dr. Reigner eine Reihe von Nicht-Sachsen in wichtige sächsische Staatsämter berufen. Wir erinnern nur an den Volkshilfsleiter Schilling aus Bayern, den Ministerialrat Schreiber aus Hamburg, den Ministerialdirektor Freund aus Thüringen usw. Jetzt wird uns bestätigt, daß der sozialistische Redakteur A. Winter-Wünchen zur Beardienung von Presseangelegenheiten in das sächsische Ministerium des Auswärtigen berufen worden ist. Bezeichnend ist, daß Winter bereits einen Lobesartikel über Dr. Reigner in der „Prager Presse“, dem offiziellen Organ des tschechischen Außenministeriums, geschrieben hat. Winter, der erst kurze Zeit in Sachsen

ist, gibt neben sonstigen falschen Feststellungen auch eine sachlich ganz unzutreffende Darstellung der sächsischen Verhältnisse. Wir halten es für einen ganz unmöglichen Zustand und für eine Gefahr für das Reich, daß ein Journalist, der eine ausgesprochen deutschfeindliche Presse bedient, gleichzeitig im Auswärtigen Ministerium sitzt und hier von den wichtigsten geheimen Dingen unserer Reichspolitik Kenntnis erhält.

Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 9. bis 15. September. Die Gesamtbeschäftigung hat in dieser Woche die bereits vorausgesagte weitere Verschlechterung erfahren. Betriebserschließungen und Stilllegungen werden weiter vorgenommen und die Zahl der Kurzarbeiter und Erwerbslosen steigt in allen Berufsgruppen immer höher. Dinau kommt, daß neuerdings auch aus Handels- und Gewerbetreibenden Personen, die bisher selbstständig waren, sich bei den Arbeitsnachweisen in verstärktem Maße als Arbeitsuchende melden. Dabei ist noch nirgend ein Zeichen, das auf eine Entspannung der Verhältnisse schließen ließe, zu sehen.

Die sächsischen Inbziffern. Nach den Preisfeststellungen vom 17. September sind vom Statistischen Landesamt folgende Inbziffern der Lebenshaltungskosten für Sachsen berechnet worden: Gesamtindex mit Bekleidungskosten 11 941 888, Gesamtindex ohne Bekleidung 10 056 255. Am 10. September betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 4 840 216 und ohne Bekleidung 3 481 082. Vom 10.—17. September sind mithin die Preise der bei der Teuerungsschutzstelle berücksichtigten Güter um 175,1 bzw. 188,9 Prozent gestiegen. Die bisher vom sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte Punktzahl (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 gleich 1) beträgt für den 17. September 581,170.

Höhere Lospreise und Gewinne bei der Landeslotterie. Bei der weiter fortgeschrittenen Wiederverwertung sieht sich auch die Lotterieverwaltung gezwungen, von der 184. Lotterie an, deren 1. Klasse im Oktober gezogen wird, den Lospreis sowie die Gewinne dem allgemeinen Preisstande anzupassen. Das günstige Verhältnis zwischen Einlage und Gewinnmöglichkeit, das bisher die sächsische Landeslotterie auszeichnete, bleibt dabei in jeder Hinsicht bestehen; nach wie vor werden fast auf die Hälfte aller Einlagen (47 Prozent) Gewinne entfallen. Es kann niemanden überraschen, daß in einer Zeit, in der für eine Straßenbahnfahrt 500 000 Mark und mehr und für einen Fernbrief 250 000 Mark gefordert werden müssen, der Preis eines Loses, das Anwartschaft auf Milliarbengewinne gibt, nicht mehr in den Hunderttausenden gesucht werden kann. Auf Grund eingehender Berechnungen ist der Preis für das Los in der 1. Klasse auf 1,8 Millionen Mark festgesetzt worden. Der niedrigste Gewinn beläuft sich für das ganze Los auf 48 Millionen Mark; die 700 großen Gewinne, die, wie bisher, in jeder weiteren Klasse steigen, betragen in der ersten Klasse je einer zu vier und 2 Millionen Mark; 4 zu 500, 4 zu 200, 5 zu 140, 5 zu 120, 8 zu 100, 870 zu 80 Millionen Mark, insgesamt kommen 235 700 Millionen Mark Gewinne in der 1. Klasse der 184. Lotterie zur Auslösung.

Das Goldkollonett beträgt von heute an bis zum 21. September einschließlich 2 179 999 900 Prozent.

Der Mangel an Postwertzeichen und Steuermarken. Der augenblickliche Mangel an Wertzeichen bei den Postanstalten hat zu lebhaften Vorwürfen gegen die Reichspostverwaltung geführt. Der im August sprunghaft eingetretene Geldentwertung mußte eine allabendliche Erhöhung der Postgebühren Rechnung tragen. Zwei Wege boten sich dar: die Gebührenerhöhungen hinauszuweisen, bis die erforderlichen Marken hergestellt und den Postanstalten geliefert waren, oder sie vorzunehmen, nachdem der erste Markenbedarf gedeckt war und die aus der unzureichenden Markenbelieferung entstehenden Unbeliebtheiten in den Kauf zu nehmen. Die Entscheidung wurde durch den Umstand erschwert, daß die vorhandenen höchstwertigen Marken bei der ständigen Geldentwertung zur Frankierung von Briefsendungen kaum noch in Betracht kamen, also alle Postanstalten mit neuen Marken beliefern werden mußten. Wenn trotzdem der zweite Weg gewählt wurde, so zwang hierzu die finanzielle Not des Reichs, das auf die erhöhten Einnahmen aus den Postgebühren nicht verzichten konnte. Um die Schwierigkeiten zu mildern, wurde u. a. zur Anwendung des Barfreimachungsverfahrens geschritten. Daß dieses Ausfallmittel andererseits Mißstände mit sich brachte, mußte nach Lage der Sache mit in Kauf genommen werden. Die Postverwaltung leidet unter den gegenwärtigen

Das merkwürdigste Jahr meines Lebens.

Von August von Rohdeus.

(A. Fortsetzung.)

Im ersten Vorzimmer des Gouverneurs erinnerten mich die Bedienten, daß ich in meinem Frack mit einem legenden Reagen nicht vor ihrem Herrn erscheinen könne. Indies als sie hörten, daß ich ein Fremder sei und daß alle meine Kleider in versegelten Koffern lagen, machten sie weiter keine Einwände.

Im zweiten Vorzimmer mußten wir eine Zeitslang warten, und ich hatte daher Mühe, die auffallend sonderbare Auszierung des Zimmers zu bemerken. An Wänden enthielt es nur einige Stühle und ein Sofa; aber an den Wänden hingen Gemälde, die fast abstrus und gewöhnlich zu sein schienen. Ein Wolf, der ein Reh zerriß; ein Bär, der seine Klauen in einen Hasen schlug; ein Hase, der nach Klauwe drückte; ein Fuchs, der sich in einem sogenannten Berliner Schwanzhals gefangen hatte. Das auffallendste von allem aber war eine große Tafel, auf welcher vier Verse oder Zeilen geschrieben standen. Sie sind mir nicht mehr ganz erinnerlich, enthielten aber ungefähr folgendes: „Der Mensch kann Löwen und Tiger zähmen usw. Er kann jähzorn den wildesten Gaul, nur nicht sein eigenes Maul.“ Dies war, nach einer vor allem beliebten Mode, zum Teil in Bildern vorgestellt; zum Beispiel anstatt der Mensch sah man einen gemalten Mann; anstatt Gaul ein gemaltes Pferd, und anstatt Maul einen großen Mund mit einem Vorhängeschloß. Man muß eben gesehen, daß diese Bilder eben nicht dazu gemacht waren, Vertrauen einzufößen; auch gaben sie mir wirklich eine von der vorigen ganz verschiedene Stimmung. Es ward hüßlich in meiner Seele.

Jetzt wurde mein Begleiter zu dem Gouverneur hinein gerufen, und ich blieb allein. Nach einigen Minuten trat er wieder heraus. Der Gouverneur bewillkommte mich

mit sichtbarer Verlegenheit; doch erinnerte er sich sehr eilig unserer alten Bekanntschaft und sagte, er habe alle meine Werke gelesen und gern gelesen; sie wären ja hin und wieder ein wenig spitzig geschrieben, allein sie hätten ihn jedwerg viel Vergnügen gemacht.

Das war es nicht, was mir jetzt am Herzen lag. Ich versicherte ihm, daß ich mich glücklich schätze, unter seinen Augen meine Luschuld darlegen zu können, und bat ihn, die Untersuchung meiner Papiere so bald als möglich vorzunehmen.

„Diese Untersuchung“, versetzte er, „ist mir keineswegs aufgetragen. Ich habe bloß Befehl, Ihre Papiere wohlversegelt nach Petersburg zu schicken, und Sie selbst müssen dahin augenblicklich folgen.“

Ich ward bestürzt, sagte mich aber bald und bat nur um Erlaubnis, meine Frau mit mir nehmen zu dürfen, da wir noch nie voneinander getrennt gewesen wären und ohne einander nicht leben könnten. Er schien anfangs geneigt dazwischen zu willigen; auf einige Erinnerungen aber, die ihm sein Sekretär machte, verweigerte er es schließlich. Als ich ihm sagte, daß ich nicht dafür stehen könne, ob nicht meine weinende Frau selbst zu ihm hereinströmen und nicht eher ablassen werde, bis er die Bitte bewilligt habe, antwortete er mit Herzlichkeit: „Versöhnen Sie sich mit einer solchen Szene! Ich bin selbst Vater und Gatte, ich fühle ganz das Schreckliche ihrer Lage; aber ich kann nicht helfen, ich muß meine Pflicht auf das strengste erfüllen. Reisen Sie nach Petersburg, reiferen Sie sich und in vierzehn Tagen aufs längste sind Sie wieder in den Armen Ihrer Familie. Ihre Frau ist inbessin hier gut aufgehoben; wir werden alles für sie tun, was die Menschenliebe und unser eigenes Herz uns gebietet.“

Mit diesen Worten bat er mich, in sein Wohnzimmer zu treten, und verließ mich, um Befehle zu erteilen, die mich leider nur allzu nahe angingen.

In seinem Wohnzimmer fand ich niemand als ein junges Frauenzimmer von sanfter Gesichtsbildung, vermutlich seine Tochter. Sie war mit einer weiblichen Arbeit beschäftigt, grüßte mich freundlich, sprach aber nicht, sondern blickte nur bisweilen von ihrer Arbeit zu mir auf. Ich sah in ihren sanften Blicken keine Neugier, sondern bloß Mitleid, und dann und wann entschloßte ich ein Souffler. Wie wenig alles dies möglich war, mich zu beruhigen, ist sehr begreiflich.

Der Gouverneur kehrte bald zurück. Er versicherte mir: „Es sei jetzt nicht mehr in Russland wie vormals, sondern die Berechtigung werde streng gehandhabt.“ — „Dann darf ich sehr ruhig sein“, war meine Antwort. Er wunderte sich, daß ich so von freien Stücken zurückgekommen wäre; auch schien es ihm auch unerwartet, daß ich meine ganze Familie mitgebracht hatte. Freilich pflegt ein Mensch, der mit gefährlichen Anschlüssen auf Reisen geht, sich nicht mit einer Frau, drei kleinen Kindern, einer sechsjährigen Kinderwärterin, einer Kammerjungfer und zwei Bedienten zu beladen. Daß ich von freien Stücken kam, geschah im Vertrauen auf mein Wissen und im Vertrauen auf den kaiserlichen Befehl.

Jetzt trat ein Mann in Petersburger Ziviltunform herein. „Das ist der Herr Hofrat Schickelatin“, sagte der Gouverneur, „ein gar moderner Mann, der mit Ihnen reisen wird, und bei dem Sie sehr wohl aufgehoben sind.“

„Versteht er Deutsch oder Französisch?“

„Reins von beiden.“

„Das ist schlimm; denn mein Russisch hab' ich fast ganz vergessen.“

Der Gouverneur stellte uns einander vor; ich half mir mit dem Russischen so gut ich konnte, und was mir an Worten fehlte, suchte ich durch Gebärden zu ersetzen; Ich ergriff des Hofrats Hand, drückte sie mit Herzlichkeit und bat ihn um seine Freundschaft. Es erwiderte mirs Bitte durch ein freundliches Grinsen. (Fortf. folgt.)

Wichtigste normale und hat Mittel herzustellen nahe stände er ist, als wobel er kommen markten Die Beh ständig für Rech pldlich ur Drucker sich gelte Lieferum nen wor Ber immer n Leistungen Ortstran Fividu Grundba heutige n eine werden ma gen maß fälligkeit abgerund rechnet zuletzt die mach werden, Sittigkei Boll träge um Stadthan streke so 15 wer Englisch, Forträge Warenfu Die fünf gemeinsh werbe, folg Friedrich Gegenwa Winterha Paul I am Mon Am Mo her Kats fahrsam größere für sich in der n alled bes werblöse mehmer Straße ad Gernhöf die Grue Ein 30 U sofort du trafen h Ermähle Wählerin verfuhte, Wehl sor worden. bestand, drang an Auffordet ohne Erf Polizeibe die Demo von angu ager d ebenfall stranten i wurde ar rdhänge Wehl nic hätten. von imge worden, trag werl rates un Erwerbde 5 Sach f päterer i folgt. D zweiten E abend in öffentlic einer ber nen d wurde d ein hier ilchem W Warl de r g e. Schankst und erde größerer Stimmer von den ih mit e Millionen

Deutschlands Erfüllungswille.

Dem Reichstag ist ein Weisbuch über die deutschen An- gebote in der Wiedergutmachungsfrage ausgegangen. Es ent- hält die von den Alliierten seit Waffenstillstand übermittelten deutschen Angebote und Vorschläge zur Lösung der Repara- tions- und Wiederaufbaufrage im deutschen Text und in fran- zösischer und englischer Übersetzung. Das erste Angebot vom 29. Mai 1919 wurde durch die Wankelnote der Friedenskon- ferenz abgelehnt. Das Angebot vom 12. Juni 1920 in Spaan sollte durch eine Prüfung durch eine Kommission in Genf er- ledigt werden. Diese Kommission hat niemals Statut gefunden. Die deutschen Gegenentwürfe auf der Londoner Konferenz vom 1. März 1921 wurden, am 3. März 1921 durch Lloyd George zurückgewiesen. Dasselbe Schicksal hatte das Ange- bot vom 7. März 1921 in London. Das Angebot von 50 Milliarden Goldmark vom 24. April 1921 wurde durch Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 8. Mai 1921 als eine für die alliierten Regierungen nicht annehmbare Ver- handlungsgrundlage bezeichnet. Das in der Rede Rathenau's in Cannes gemachte Angebot vom 12. Januar 1922 blieb in- folge des Abbruchs der Konferenz und des Beschlusses der Reparationskommission vom 13. Januar 1922 ganz unberück- sichtigt. Die Vorschläge vom 28. Januar 1922 wurden durch die Reparationskommission am 21. März 1922 in einer Art beantwortet, die dem deutschen Standpunkt nur ungenügend Rechnung trug. Der Vorschlag für eine Stabilisierung der Mark vom 4. November 1922 und die Note der deutschen Regierung vom 8. November 1922 blieben ohne sachliche Antwort. Ein Angebot vom 14. November 1922 zur Wirt- schanstellung der deutschen Reparationsfähigkeit wurde ab- gelehnt; durch Note vom 26. Januar 1923 wurde das Lon- doner Ultimatum wieder in Kraft gesetzt. Das Angebot Curios an Bonar Law vom 9. Dezember 1922 wurde durch letzteren für nicht befriedigend erklärt. Das letzte Angebot vom 2. Mai 1923 nebst dem Memorandum vom 7. Juli 1923 sind bisher einer Antwort nicht gewürdigt worden. Ebenso sind von deutscher Seite ohne Erfolg Angebote über Angebot ergangen, an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete prak- tisch mitzuwirken.

Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächs. Industrieller.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt am 14. ds. Wts. eine Sitzung ab, die aus allen Teilen des Landes stark besucht war. Vor Eintritt in die Tages- ordnung widmete der Vorsitzende, Otto Moras, in die Ta- gestorbenen langjährigen zweiten Vorsitzenden, Geh. Kommerzien- rat Georg Marwick, einen herzlichen Nachruf. Nach Er- stattung des Geschäftsberichts durch den Syndikus und der Aufnahme einer Reihe von neuangemeldeten Mitgliedern, er- stattete Direktor Lehning i. Ja. Gebler-Werke A.-G., Rade- beul-Dresden, ein interessantes Referat über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Der Redner erörterte in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen eine Reihe von Maßnahmen, die zur Behebung der Schwierigkeiten ergriffen werden müssen und legte diesbezügliche Vorschläge der Ver- sammlung vor. Alsdann gab der Vorsitzende, Moras, auf Grund der in Berlin vorgenommenen Verhandlungen aus- führliche Darlegungen über die Bestrebungen zur Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels und über Einzelheiten der hierauf bezüglichen verschiedenen Pläne, die zurzeit Gegen- stand der Erörterungen sind. An beide Referate schloß sich eine lebhafte Aussprache über die gegenwärtig besonders im Vordergrund stehenden Fragen der Reform der Währung, der Kreditnot, der Goldmarkberechnung, Steuerpolitik, des Ein- flusses der Währungsverhältnisse und der Steuerpolitik auf Lohn- und Preisverhältnisse, Schutz der Industrie gegen terroristische Ausschreitungen.

Als Ergebnis der Aussprache wurden die nachstehenden Entschlüsse angenommen:

1. Zur Lage.

Die sächsische Industrie steht im Anfange der schwersten Krise seit ihrer geschichtlichen Entwicklung; wir sind im Kampf um die Erhaltung des nackten Lebens von Hunderttausenden und haben uns auf die Umstellung ganzer Wirtschaftszweige vorzubereiten. Das Fundament der sächsischen Industrie ist gewaltig geschwächt worden und die deutsche Wirtschaft kann Vieles nicht mehr tragen, was früher als Ergebnis des Volks- wohlstandes der Allgemeinheit und dem Einzelnen zuzufloß. Mehr als je haben wir alle den Willen zum Leben und zur Einstellung auf die uns verbliebenen Quellen des Lebens

Aber der Weg aus der Krise führt nur über die Steigerung der Produktion. Dabei wird über Vieles hinweggeschritten werden müssen, was weite Kreise gegenwärtig als unantastbar ansehen. Es gilt, den Dingen klar ins Auge zu sehen. Lohnpolitik in ihrer jetzigen Ueber- spannung ist nicht mehr länger tragbar, desgleichen bedarf die Preispolitik einer Umstellung. Schaffen wir uns ein wertbeständiges, ehrliches Geld, das den Wert von Arbeits- leistung und Waren erhält. Friedenslohn nur für Friedens- arbeit! Wo in normalen Zeiten nur einer gearbeitet hat, dürfen nicht mehr zwei oder drei stehen. Die Demobilisierungsbestimmungen, die die Produktion nur hemmen, müssen auf Grund der vorliegenden Erfahrungen und unter Berücksichtigung der schweren Not unseres Vaterlandes, für das es sich um Sein oder Nichtsein handelt, aufgehoben werden. Führer wird der bleiben, der das Leben seiner Mitarbeiter im höchsten Maße sichert, Mitarbeiter der, welcher zum höchsten Gehältnis dieser Aufgabe alles einsetzt. Behalten wir alle die Nerven in einer so schweren Krise, die wir nur aus eigener Kraft überwinden können und zeigen wir uns würdig in den Tagen unserer Not!

2. Steuern und Währung.

Die Industrie ist trotz ihrer gewaltig geschwächten Kraft gewillt, Steuern bis zum Ausmaße ihrer Leistungsfähigkeit zu tragen, sie muß aber angemessene Verteilung über den Erwerbzeitraum und Rücksicht bei abernünftigen Härten ver- langen. Bei fehlendem Betriebskapital geht Lohn- und Gehaltszahlung vor Steuerzahlung. Die Un- zahl der Steuern und ihre Belastung muß in eine organische Einheit und ein vernünftiges Maß zum Gesamt- ertrag gebracht werden. Die volle Besteuerung des Arbeits- ertrages verhindert jeden Kredit und gefährdet den Bestand der Erwerbsquellen.

Die Wirtschaft ist ihres wichtigsten Wertmessers für alle Arbeit und Güter beraubt, jeder Deutsche wird von seinem Geld täglich aufs neue betrogen, die Papiermark ist fast am Ende ihres inneren Wertes. Wir benötigen dringend die fundierte Goldmark und Stilllegung der Noten- presse sowie Umwandlung der umlaufenden Papiermark in Goldmark zum Entwertungsstufens. Denn der Landwirt kann gegen schwindendes Geld nicht verkaufen, weil er damit seine Ähne und Unkosten in späteren Monaten nicht mehr decken kann, auch Arbeiter und Angestellte müssen wertbeständig entlohnt werden. Die Industrie wird durch die Geldentwertung im selben Ausmaße ihrer Be- triebsmittel beraubt und kommt zum Stillstand. Die mit allen Garantien zu schaffende Goldmark muß aber voll gedeckt und derart gesichert sein, daß sie keiner Inflation verfällt. Denn nur einmal kann die Wirtschaft die erforderlichen Wirt- schaften aufbringen und sich damit auf Jahrzehnte hinaus be- lasten.

3. Sicherheit der Produktion.

Die sächsische Industrie ist seit Monaten in ihrer Produktionskraft und Ausführbarkeit ganz erheblich ge- schwächt worden, weil öffentliche Unsicherheit und zum Teil schwerer Terror eine ungestörte Arbeit verhindert und bei vielen Abnehmern im Auslande das Vertrauen zu einer ge- schäftlichen Verbindung mit sächsischen Firmen nachweisbar schwer erschüttert haben. Die sächsische Industrie ist trotz aller Hemmnisse aufs ernsteste gewillt, sich in ihrer Arbeit nicht stören zu lassen, verlangt aber von Staat und Reich unbedingte volle Aufrechterhaltung der Staatsautorität und öffentlichen Sicherheit, trotz aller Volksbedrängnis und gegen- über jeder Störung.

Weltrevolutionsvorbereitung.

Auf Seiten der sowjetrussischen Nachbarn scheint man die augenblickliche Lage Deutschlands für geeignet zu halten, die Weltrevolution, die bekanntlich bisher über Rußland nicht recht hinaus wollte, wieder einmal nach Deutschland vorrücken zu lassen. Wie nämlich von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind aus den Geldkassen der Sowjetregierung in den letzten Tagen der deutschen R. P. D. erhebliche Beträge — es soll sich um über 10 Millionen Goldmark han- deln — zugestellt worden mit der Weisung, sie zur Ausrü- stung der trotz des Verbotes in Preußen heimlich weiterbe- stehenden proletarischen Hundertschaften, sowie zur Vorberei- tung des in nächster Zeit zu erwartenden Umsturzes zu ver- wenden. Auch seien große Posten Handfeuerwaffen und Ge- wehre, die man in Rußland infolge der Verfleinerung der

roten Armee entbehren könne, als keiner Durchsicht unterliegen- des Kuriergepäck nach Deutschland geschafft und hier in den Berliner Räumllichkeiten der russischen Handelsvertretung vor- läufig untergebracht worden. Man sei in den Kreisen der sowjetrussischen Diktatoren der Ansicht, daß der katastrophale Marxverfall und die herannahende Auflösung des Wirtschafts- lebens die Regierung Stresemann bald beseitigt und für eine kommunistische Arbeiterregierung Platz gemacht werde.

Diese Angaben treffen insofern zu, als tatsächlich von den russischen Vertretungen in Berlin in den letzten Tagen große Käufte namentlich auch in Lebensmitteln gemacht wurden, die scheinbar bereitgestellt werden, um bei einer etwaigen Krise die unermeldlichen Ernährungschwierigkeiten wenigstens für die kommunistischen Anhänger mildern zu können.

Hausführung bei badißchen Kommunisten.

Wie die Arbeiterzeitung aus Waldshut meldet, soll dort im Auftrage des badißchen Generalstaatsanwalts bei verschie- denen Kommunisten wegen Teilnahme an der Bildung prole- tarißer Hundertschaften eine Hausführung vorgenommen worden sein.

Kunst und Wissenschaft.

Die Tragödie des Geistes. In folgendem Brief eines Schriftstellers an die „Frankfurter Zeitung“ kommt ersicht- licher zum Ausdruck, wie der verzweifelte Kampf um das nackte Dasein die geistigen Kräfte Deutschlands tötet. . . . Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz in seiner verabs- cheunungswürdigen — weil unproduktiven — jetzigen Form (er erinnert an den Tanz um das goldene Kalb und hat doch keine Spur von der Freudigkeit des Tanzes) hat mich ganz und gar gefangen genommen, hat mir die Möglichkeit zum Denken und zum Schauen abgeschnitten, und nur etwas, wie eine ferne Erinnerung daran ist mir geblieben. Ich fühle mich wie ein aus dem Leben Verstößener, und jeder Wider- schein des „Lebens“ tut mir weh. Jenseits des Getriebes, das mich gefangen hält und das ich treibe, ersehne ich nur eines: absolute Stille. . . . Den gewünschten Artikel zu schreiben bin ich außerstande. . . . — Das ist der geistige Tod, der täglich umgeht, ohne daß man davon Kunde erhält. Den anderen, den leiblichen Tod, haben wir ja soeben erst in dem verhungerten, Berliner Lyriker Maximilian Bern und in Thoma kennen gelernt.

Letzte Drahtnachrichten.

Französische Unverschämtheit.

Berlin, 18. September. Wie aus dem Ruhrgebiet ge- meldet wird, fordern die Franzosen, die in Bochum 8000 Franks und in Gelsenkirchen 6000 Franks verlangt hatten, nun auch von der Stadt Herne 4000 Franks. Dabei handelt es sich, wie aus Bochum gemeldet wird, nicht um wöchentliche, sondern um tägliche Zahlungen. Auch in einer Reihe anderer Städte haben die Franzosen derartige Forderungen an die Stadtverwaltungen erhoben. Die Forderungen wurden ab- gelehnt.

Der spanische König und der Militärputsch.

Genf, 18. September. Der spanische Gesandte in Bern tritt in einem Schreiben an das „Journal de Geneve“ dem Gerücht entgegen, wonach der König von Spanien über die letzten Ereignisse vorher durch Mitteilungen aus maß- gebender Quelle unterrichtet gewesen sei. Der Gesandte er- klärt, der König sei durch die Ereignisse vollkommen überrascht worden und habe ihnen völlig fern gestanden.

Berliner Devisenkurse.

Mitgeteilt von der Allgem. Deutschen Credit-Anstalt, Zweigstelle Ausw. 19. Septbr. 1933

Neuort	19. Septbr. 1933	
	Geld	Brief
London	181545000.—	182455000.—
Paris	822437500.—	827082500.—
Amsterdam	10573500.—	10626500.—
Schweiz	71421000.—	71479000.—
Italien	31920000.—	32060000.—
Stokholm	803985000.—	808015000.—
Christiana	45079500.—	46320500.—
Kopenhagen	29127000.—	29273000.—
Oslo	32917500.—	33082500.—
Buenos Aires	255360.—	266400.—
Braunschweig	5446350.—	5573630.—

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellsch. m. b. H. Aue.

Dramatische Gesellschaft E. V. **VOLKS SPIEL KUNST** Gesellschaft Aue.

Die für Dienstag geplante Aufführung findet bestimmt am Donnerstag um 8 Uhr im „Bürgergarten“ statt
Die für Freitag gelösten Karten behalten für diesen Tag ihre Gültigkeit. —

Ortskrankenkasse Aue

Vom 17. ds. Wts. ab ist eine neue Klasseneinteilung auf werbeständiger Grundlage zur Einführung gekommen, die den größeren Betrieben zugeht bzw. an Klassenstelle in Empfang genommen werden kann. Aus diesem Anlaß haben die Arbeiterbetriebe für die Versicherten, die nicht bereits der höchsten Lohnklasse angehören, sofort Lohnveränderungs- anfragen einzureichen.
Allgemeine Ortskrankenkasse für Aue und Umgebung.
Rag 31. ds. V. Vorsitzender.

Sonntag ist's

von P. Isor.

Eine Kleinstadt - Idylle

oder: Wie Adolf und Helene einen schönen Sonntag verlebten : : :

Das ist ein fröhliches Buch in heiteren Versen, eine rechte Gabe des Frohsinns in trüber Zeit.

Aus dem Inhalt: Der Sonntag hebt an und macht sich nach beliebt. — Der Spaziergang. — Im Kaffee Wimmer. — Direktor Hampels Teilaufführung. — Heimkehr und Gute Nacht.

Preis 2 Mark x Buchhandelschlüsselzahl.

Zu haben in allen Buchhandlungen u. beim Verlag: Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H.

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplatterei

für Regen, Manchetten, Oberhemden, Hauswäsche.
Winterkaut beste Ausführung.
Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen.
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.
Kleinsten und leistungsfähigste Platterei des Erzgebirges.
Paul Proschneider, Aue :: Fernruf 381.

Welcher Auer sucht 3-Zimmer-Wohnung in Chemnitz od. Löbnitz?

Co. Tausch über mehrere Drischkosten.
Angebote unter A. T. 3099 an die Geschäftsst. des Blts.

Besser möbl. Zimmer

für einen unserer Beamten ab 1. Oktober gesucht.
Angebote an
Ernst Gehner, A.-G., Textilmaschinenfabr.

Lehrer sucht gut möbl. Wohn- u. Schlaf- zimmer zum 1. od. 15. Oktober
Büchle vorb. Angeb. u. A. T. 3081 an das Auer Tageblatt.

Jüngerer, kräftiger Arbeitsburische
möglichst für sofort gesucht.
Ebel & Sohn, Aue, Möbelhaus.

Alcine Anzeigen

haben guten Erfolg im Auer Tageblatt.

Unbedrucktes Zeitungspapier

hat abzugeben
„Auer Tageblatt“.

Volkshochschule Aue.

Vorlesungs-Verzeichnis kostenlos Ortskohlenstelle und Konsumverein,
Wettinerstraße.
Eröffnungs-Konzert Mückel-Bosch Montag, d. 8. Oktbr.

Verkauf von

Läden, Firmen, Farben, Streich-, Gelb-, Fußboden- laden und Lackfarben, Malerbedarfsmaterialien jeder Art zu den billigsten Tagespreisen bei
Gustav Bauer, Wochauerstraße 7 und 11.
— Telefon 658. —

Zöpfe

farbt u. repariert billigt in kürzester Zeit
Stern & Gauger
Häpfe- u. Werdensfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz
1 Winter-Mantel, neu, noch Maß gearbeitet, preiswert zu verkaufen.
M. S. T. r.